

Reparationen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung?

Mariam Salehi

Was versteht man eigentlich unter Reparationen? Rechtlich, historisch, normativ und sozialwissenschaftlich-analytisch betrachtet gibt es unterschiedliche Antworten auf diese Frage. Generell geht es um Maßnahmen, die der Entschädigung oder Wiedergutmachung nach Konflikt und Gewaltherrschaft dienen. Zwar können Reparationen mehr umfassen als materielle Kompensation, doch steht diese häufig im Mittelpunkt. Das Politiklexikon der Bundeszentrale für Politische Bildung definiert Reparationen als Kriegsentschädigungen: Demnach müssen nach kriegerischen Auseinandersetzungen besiegte Staaten für die Schäden des Krieges aufkommen, indem sie Leistungen an den oder die Sieger entrichten (Schubert/Klein 2020). Reparationen haben nach diesem Verständnis eine internationale Dimension. In der deutschen Debatte wird in diesem Zusammenhang häufig auf den Versailler Vertrag verwiesen, auf dessen Grundlage das Deutsche Reich Reparationen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zahlen musste. Diese Reparationen waren eine Bedingung für den Abschluss des Friedensvertrags. Jenseits dieses konkreten Kontextes hat der Begriff jedoch unterschiedliche Bedeutungen, die über diese enge Definition hinausgehen.

In der New International Economic Order (NIEO) waren Forderungen nach Wiedergutmachung und Reparationen Teil eines emanzipatorischen Repertoires. Wie Alex Veit und Daniel Fuchs in der Einleitung deutlich machen (siehe Veit/Fuchs in diesem Band), war die NIEO ein von Aktivist:innen entwickelter Ansatz mit dem Ziel, die politische Souveränität postkolonialer Staaten auch ökonomisch zu realisieren – ein Bestreben, das auch heute noch hochaktuell ist. Die NIEO entwarf eine Agenda, die eine gestaltende Perspektive auf die Frage einnimmt, wie eine »globale politische Struktur der Nicht-Dominierung« aussehen könnte (Táíwò 2022: 5, eigene Übersetzung). Olúfẹ̀mi Táíwò betont, dass diejenigen, die die NIEO entworfen haben, nicht

nur *gegen* Strukturen kämpften, sondern auch *dafür*, auf globaler Ebene eine gerechte Welt zu schaffen. Adom Getachew (2019) nennt das Vorhaben folglich *worldmaking*, also ein Weltgestaltungsprojekt. In der NIEO ging es darum, neue Vorstellungen von Institutionen und Beziehungen zwischen Ländern zu entwickeln und hierfür bereits bestehende Institutionen wie die Vereinten Nationen (UN) zu nutzen, in denen die jüngst unabhängig gewordenen Staaten mit ihrer Anzahl nun ein entscheidendes Gewicht hatten. Die globale Wirtschaft sollte neu austariert und ins Gleichgewicht gebracht werden (Koram 2022: 126–127). Insbesondere umfasste diese Agenda die Vorstellung einer direkten materiellen Umverteilung vom Globalen Norden in den Globalen Süden (Táiwò 2022: 5).

Katrina Forrester (2019: 45–46) zeigt auf, wie zu Zeiten der NIEO in den 1970er Jahren auf internationaler Ebene Reparationsdiskurse mit Fragen von wirtschaftlicher Gerechtigkeit, Emanzipation und Selbstbestimmung verknüpft wurden. Antikoloniale Denker:innen verknüpften historische und gegenwärtige Ungleichheit und Ausbeutung mit oftmals marxistisch geprägten Argumenten für materielle Umverteilung. Hieraus leiteten sie »historisch, kausale und moralische Verantwortung« (Forrester 2019: 46, eigene Übersetzung) des Globalen Nordens ab. Neben der Etablierung globaler administrativer Institutionen, um die weltweiten Ressourcen zu managen und zu verteilen (siehe Steffek 2021: 12), sah die NIEO auch Reparationen als einen Ansatz vor, um solch eine materielle Umverteilung in die Tat umzusetzen. Dementsprechend führt die NIEO-Deklaration konkret Ideen zu Reparationen aus. Eines der genannten Prinzipien ist:

»Das Recht aller Staaten, Gebiete und Völker unter ausländischer Besatzung, Fremd- und Kolonialherrschaft oder Apartheid auf Rückgabe und volle Entschädigung für die Ausbeutung und Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und aller anderen Ressourcen dieser Staaten, Gebiete und Völker sowie für Schäden daran« (UN 1974, Abschnitt 4f, eigene Übersetzung)

In der NIEO stehen also ein materieller Ausgleich und Kompensationen für erlittenes Unrecht im Vordergrund. Dabei geht es aber nicht nur um einmalige Zahlungen als Wiedergutmachung an Opfer von Gewaltherrschaft und Ausbeutung, sondern auch darum, mit Reparationen zu einem strukturellen Wandel in der Weltwirtschaftsordnung beizutragen. Diese, so die der Forderung zugrunde liegende Annahme, habe ja durch die koloniale Ausbeutung und Erschöpfung der Ressourcen im Globalen Süden überhaupt erst ihre

ungerechte Gestalt annehmen können. Durch Reparationen sollten also die materiellen Ausgangsbedingungen geändert werden. Außerdem wird durch ihre Gewährung die Ungerechtigkeit der Ordnung anerkannt, womit auch einhergeht, dass sie umgestaltet werden muss und nicht so bleiben kann wie sie ist.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen geht dieser Beitrag der Frage nach, wie heutzutage, im Rahmen einer NIEO², Reparationen mit emanzipatorischem Potenzial sowie als Beitrag zu einer gerechten Weltwirtschaftsordnung konzeptualisiert werden können. Dabei sehe ich Reparationen und Schulden als eng miteinander verflochtene Konzepte an. Ich folge Meera Sabaratnam und Mark Laffey (2023), die vorschlagen, die Beziehungen zwischen dem Globalen Süden und dem Globalen Norden als »komplexe Verschuldungssituation« zu konzeptualisieren. Diese Perspektive erlaubt es, unter anderem Staatsverschuldung und Schulden, die durch imperiale Praktiken und gewaltsame Aneignung entstanden sind, in ihrer Verbundenheit zu betrachten. Daraus ergibt sich die politische Schlüsselfrage: »Wer schuldet wem was und warum?« (Sabaratnam/Laffey 2023: 168, eigene Übersetzung). Die Schulden, die mit Reparationsforderungen für Gewalt und Ausbeutung einhergehen, haben dementsprechend nicht nur eine finanzielle, sondern auch eine politische Bedeutung. Die Forderungen machen einen Gestaltungsanspruch deutlich: Die Akteur:innen, die diese Forderungen erheben, wollen damit auch politische und diskursive Veränderungen herbeiführen sowie die Rahmenbedingungen verändern, in denen »solche Forderungen bisher ignoriert oder unterdrückt« werden konnten (ebd.: 177, eigene Übersetzung).

Um Teil eines emanzipatorischen Repertoires, also im Kampf um politische und ökonomische Unabhängigkeit von Nutzen zu sein, müssen die Frage, wer wem warum was schuldet und die daraus abzuleitenden Wiedergutmachungen und Reparationen immer wieder neu gedacht und bemessen werden. Folglich gilt es auszuloten, welche Forderungen in welchen institutionellen Kontexten gestaltend wirken können – im Sinne einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung. Im Folgenden diskutiert der Beitrag zunächst historisch-chronologisch verschiedene komplexe Konstellationen von Reparationen und Schulden: Schulden durch Reparationen, Reparationen als Teil eines liberalen Projekts und eine gestaltende Perspektive auf Reparationen. Anschließend fokussiert er basierend auf meiner eigenen Forschung auf das aktuelle Beispiel Tunesien und zeigt Impulse für eine NIEO² auf. Der Beitrag schließt mit einem Ausblick.

Schulden durch Reparationen: Neue Abhängigkeiten im Zuge der Unabhängigkeit

Reparationen, die im Zuge staatlicher Unabhängigkeit gezahlt wurden, waren nicht immer Teil eines emanzipatorischen Repertoires. Das heißt, die Frage, wer wem warum was schuldet, wurde in der Vergangenheit nicht immer unbedingt so beantwortet, dass diejenigen, die unterdrückt und ausgebeutet wurden, hierfür Wiedergutmachung erhalten sollten. Im Gegenteil: Historisch betrachtet wurden Reparationen zunächst in die andere Richtung gezahlt – als im Zuge der Dekolonialisierung gezahlte Entschädigungen für Kolonialmächte, Sklavenhalter:innen und Siedler:innen. Besondere Aufmerksamkeit bekommt in diesem Zusammenhang seit einiger Zeit Haiti (The New York Times 2022). Auch wenn es aus heutiger Perspektive absurd erscheint: Der neue Staat musste im 19. Jahrhundert für seine eigene Unabhängigkeit Entschädigungen an die vorherige Kolonialmacht Frankreich zahlen. Die Historikerin Marlene Daut nennt dies »den größten Raub der Geschichte« (Daut 2021, eigene Übersetzung). Die New York Times bezeichnet diese Reparationsforderungen an die Kolonialmacht als »Lösegeld« (Porter et al. 2022). 1825 verlangte Frankreich von Haiti als Entschädigung und Bedingung für die Unabhängigkeit eine Zahlung von 150 Million Franc in fünf Raten – viel mehr als der junge Staat zu zahlen in der Lage war. Um die ersten zwei Raten begleichen zu können, war Haiti daher gezwungen, Kredite bei französischen Banken aufzunehmen. Dies wird als »Doppelverschuldung« Haitis bezeichnet – durch die Entschädigungsforderung einerseits und die Kredite zu deren Begleichung andererseits. Das Land begab sich mit seiner Unabhängigkeit direkt wieder in finanzielle Abhängigkeit. Kurz darauf war Haiti nicht mehr in der Lage, seine Schulden zu bedienen (Daut 2021).

Ein über hundert Jahre aktuelleres, etwas anders gelagertes Beispiel für eine ähnliche Problematik ist das »Million Acre Scheme«, ein Land-Transfer-Programm, das im Zuge der Verhandlungen zur Unabhängigkeit Kenias von Großbritannien ausgehandelt wurde. Dem Programm zufolge wurden weiße europäische Siedler für die Abgabe von Land entschädigt – ein extrem teures Unterfangen (Van Arkadie 2016: 65; siehe auch Leo 1981). Auch hier wurde also die Frage, wer wem warum was schuldet, so beantwortet, dass die Entschädigung jenen zukommen sollte, die das Land zuvor besetzt, sich angeeignet und ausgebeutet hatten. Finanziert wurde das Programm durch Kredite. Diese nahm »The Colony and Protectorate of Kenya« 1960, also vor der Unabhängigkeit, bei der International Bank for Reconstruction and Development (der

Kreditsparte der Weltbank, siehe World Bank 1960) sowie bei der britischen Regierung auf (Boone et al. 2021: 5). Diese Kredite bei internationalen Finanzinstitutionen »vererbte« die Kolonie später dem neuen Staat Kenia. Auch in diesem Fall wurden also schon im Zuge des Dekolonialisierungsprozesses die Weichen dafür gestellt, dass ein Land mit ökonomischen Verpflichtungen in die politische Unabhängigkeit ging.

Wie die Beispiele Haiti und Kenia zeigen, wurden Reparationen im Süd-Nord-Kontext bis mindestens in die 1960er Jahre vor allem kolonial gedacht und juristisch mit Eigentumsrechten begründet. Nicht die Menschen, die unter Fremdherrschaft standen und ausgebeutet wurden, sollten Wiedergutmachung erhalten, sondern diejenigen, die sie kolonialisert und ausgebeutet hatten. So wird der Zusammenhang zwischen Reparationen und Schulden deutlich: Historisch betrachtet führten Reparationen zu Verschuldung, die von den (ehemaligen) Kolonialmächten als Herrschaftstechnologie genutzt wurde. Die – fortgeführte oder neue – ökonomische Abhängigkeit hatte wiederum Einfluss auf das internationale politische Machtgefüge (Sabaratnam/Laffey 2023: 171). Wenn wir also auf die Frage von ökonomischer Unabhängigkeit von Staaten nach deren politischer Unabhängigkeit schauen – und auf die politische Rolle, die vermeintlich rein ökonomisch agierende Akteur:innen dabei spielen – so wird deutlich, dass die Darlehensgeber vielfach gar nicht davon ausgingen, dass eine tatsächlich postkoloniale Ordnung entstehen soll.¹ Die Entschädigungen, die junge Staaten an (ehemalige) Kolonialmächte und Siedler:innen zahlen mussten, spielten also eine entscheidende Rolle dabei, im Zuge von Dekolonialisierungsprozessen die Weichen für eine weiterhin ungerechte Weltwirtschaftsordnung zu stellen.

Die NIEO beantwortete dann in den 1970er Jahren die Frage, wer wem warum was schuldet, grundlegend anders. Sie kehrte die Stoßrichtung um: Nun sollte denjenigen Entschädigung zustehen, die zuvor ausgebeutet und unterdrückt worden waren. Die NIEO begründete dies mit einem Recht auf Rückgabe und Entschädigung für die erfolgte Landnahme und Ausbeutung.

Unabhängig von den genannten Beispielen stellt Kojo Koram (2022) fest, dass viele postkoloniale Staaten zunächst nur gering verschuldet waren. Im Zuge der Ölkrise 1973 und 1979 nahmen sie dann aber größere, hochverzinsten

1 Siehe etwa den Text der vor der Unabhängigkeit getroffenen Darlehensvereinbarung (World Bank 1960). Vielen Dank an Eric Otieno Sumba für den Hinweis und den konkreten Vorschlag, diese Problematik hier anzuführen und mit dem Thema des Beitrags zu verknüpfen.

Kredite bei kommerziellen Gläubigern auf. Die Bedienung dieser Schulden belastete die nationalen Haushalte sehr, sodass die Länder sich mit der Bitte um Unterstützung an die Weltbank und den Internationalen Währungsfonds wenden mussten. Die Kredite dieser internationalen Finanzinstitutionen waren zwar niedriger verzinst, dafür aber an Bedingungen wie Struktur Anpassungsprogramme geknüpft. Damit mussten sich viele Staaten Zwängen unterwerfen, derer sie sich eigentlich im Zuge der NIEO entledigen wollten (ebd.: 137–138). Die ökonomische Abhängigkeit mit Schulden als Herrschaftstechnologie führte also zu politischer Abhängigkeit. Auch internationale Institutionen, die für sich in Anspruch nehmen, sich allein um ökonomische Fragen zu kümmern, nehmen Einfluss auf politische Prozesse. Táíwò (2022: 20, eigene Übersetzung) spricht von den »formellen und halbformellen politisch-wirtschaftlichen Verbindungen, die die Welt zusammenhalten«. Er bezieht dies auch auf Nichtregierungsorganisationen unterschiedlicher Ausprägung sowie auf Wirtschaftsunternehmen. Das zeigt, dass Reparationsforderungen als Umverteilung in Richtung einer gerechteren Welt nicht nur an Staaten adressiert werden sollten. Die Frage, wer wem warum was schuldet, muss auch andere Akteur:innen mit einbeziehen.

Reparationen als Teil eines liberalen Projekts

Die politische Theoretikerin und Historikerin Katrina Forrester (2019: 24, 45, 51) identifiziert in ihrer ideengeschichtlichen Betrachtung zwei Stränge von Reparationsdiskursen, die beide für die Gegenwart – und für diesen Beitrag – relevant sind: Zum einen Reparationen als Teil anti-kolonialer, emanzipatorischer Bestrebungen und zum anderen Reparationen als Teil liberaler Transitional Justice-Projekte. Forrester zeigt dabei unterschiedliche theoretische Perspektiven auf Reparationen und deren Potenzial für Verteilungsgerechtigkeit und strukturellen Wandel auf. Reparationen im Sinne einer historischen Wiedergutmachung können als (Teil von) Umverteilung betrachtet werden, aber auch als eine Maßnahme, die instrumentalisiert werden kann, um Verteilungsgerechtigkeit zu verhindern. Reparationen, so erläutert Forrester die zweite Perspektive, wirken nicht per se umverteilend. Über Reparationen zu reden, berge also die Gefahr, von Diskussionen über Verteilungsgerechtigkeit abzulenken und sei folglich kein guter Weg in Richtung Emanzipation (ebd.: 23, 28).

Seit Aufkommen des Transitional Justice-Diskurses in den 1980er und 1990er Jahren wurden Reparationen vorwiegend mit Menschenrechten, Strafen für begangenes Unrecht und Versöhnung verknüpft (ebd.: 45–46). In diesem Diskurs, der sich mit der Aufarbeitung von Konflikten und Gewalt-herrschaft beschäftigt, dominierte lange ein Verständnis von Reparationen, das vor allem auf innerstaatliche Prozesse bezogen ist. Reparationen werden demnach als greifbare Anstrengungen eines Staates begriffen, bestimmten Teilen der Gesellschaft Wiedergutmachung für das ihnen angetane Leid zu kommen zu lassen. Im Gegensatz zu Strafverfahren, die sich gezielt *gegen* bestimmte Täter:innen richten, seien Reparationen *für* die Opfer gedacht. Für diese seien Reparationen unmittelbarer greifbar als längerfristige, institutionelle Reformprozesse. Sie sollen dazu beitragen, dass beispielsweise Anstrengungen zur Wahrheitsfindung nicht nur als eine leere Geste angesehen werden (siehe etwa de Greiff 2006: 1–2).

Dieser Perspektive auf die Frage, wer wem warum was schuldet, fehlt allerdings jegliche transnationale oder globale Dimension. Auch beschränken sich die Adressat:innen von Reparationsforderungen auf Staaten. Reparationsprogramme sind inzwischen ein fester Bestandteil von Transitional Justice-Projekten, die die Vergangenheit aufarbeiten und den Grundstein für eine gerechtere Zukunft legen sollen. Solche Programme sind oftmals in (vermeintlich) technokratische Projekte eingebunden. Sie sind beispielsweise Bausteine internationaler Policy-Interventionen in Konfliktkontexten und werden meist mithilfe von Expert:innen der sogenannten Gerechtigkeitsindustrie aufgesetzt, die weltweit an Transitional Justice-Projekten arbeiten. Meist geht es um Wiedergutmachung für durch Staatsgewalt entstandene Missstände im nationalen Kontext. Diese Projekte haben folglich einen überwiegend innerstaatlichen Fokus und es geht darum, Menschenrechtsverletzungen eines alten Regimes aufzuarbeiten. Dabei stehen Reparationsprogramme selten allein. Sie sind meist nur ein Teil im Transitional Justice-Werkzeugkasten, neben anderen Maßnahmen wie Gerichtsverfahren, Wahrheitskommissionen oder Lustrationsprozessen. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes werden Ansprüche auf Reparationen teilweise über andere Transitional Justice-Institutionen ermittelt – etwa über eine Wahrheitskommission oder ein Gericht. Doch selbst wenn Ansprüche ermittelt wurden und in der Theorie ein Reparationsprogramm existiert, besteht häufig das Problem, dass Reparationen nie bei den Opfern ankommen – sei es aus bürokratischen Gründen oder weil die Reparationsprogramme de facto nicht mit ausreichenden Mitteln ausgestattet sind.

Paige Arthur (2009) beschreibt, wie das Aufkommen von Transitional Justice in den 1980er und 1990er Jahren auch mit einer Verschiebung in der Verwendung des Begriffs *Transition* einherging. Lange Zeit wurde dieser vor allem mit sozialer Transformation verknüpft (etwa hin zum Sozialismus). Im Kontext von Transitional Justice – und seitdem auch generell in Debatten über sozialen und politischen Wandel – gewannen hingegen technokratische Ansätze von *political engineering* an Einfluss. Der Begriff der Transition wurde zunehmend mit politischen Reformen hin zu liberaler Demokratie verknüpft (ebd.). Reparationen sind in der Transitional Justice-Debatte also einerseits vordergründig mit direkter und unmittelbarer Kompensation für Opfer verknüpft und werden als solche eher losgelöst von strukturellen Veränderungen betrachtet. Dabei geht es meist um innerstaatliche Prozesse der Wiedergutmachung für erfahrenes Leid, nicht um Fragen globaler Gerechtigkeit und Ordnung. Andererseits sind Reparationsforderungen, die seit der Zeit nach dem Kalten Krieg im Kontext von Transitional Justice gestellt werden, stark mit einem liberalen Projekt verbunden (Forrester 2019: 28; siehe auch Scott 2014: 131–132) und nicht mehr so sehr mit einem emanzipatorischen. Das »Reparationsproblem« wurde also »von seinen emanzipatorischen Wurzeln abgetrennt« (Forrester 2019: 50–51, eigene Übersetzung). Daher gilt es, sich auf die in der NIEO formulierte Perspektive von Reparationen als Teil eines emanzipatorischen Repertoires zurückzubesinnen und zu skizzieren, wie sich diese Perspektive im heutigen Kontext für eine NIEO² weiterentwickeln ließe und wie sie sich – wie schon in der NIEO – dafür bestehende Institutionen und Strukturen zunutze machen kann.

Gestaltende Perspektiven auf Reparationen

Die hier angerissene gestaltende Perspektive auf Reparationen mit ihren unterschiedlichen Facetten eignet sich auch dafür, zu fragen, wie es nach der von Forrester festgestellten Entkopplung zwischen Reparationen und emanzipatorischem Repertoire gelingen kann, beide wieder einander anzunähern. Dieser Beitrag argumentiert, dass eine solche Annäherung mit der Einnahme einer gestaltenden Perspektive auch im Rahmen (vermeintlich) technokratischer, liberaler Transitional Justice-Projekte vorstellbar ist. Er zeigt, dass Akteur:innen mit Gestaltungsanspruch sich solcher Projekte bedienen, um die politischen und diskursiven Rahmenbedingungen zu verändern, in denen Gewaltherrschaft – physische wie ökonomische – möglich wird, beziehungswei-

se in denen Forderungen nach Rechenschaft und Wiedergutmachung unterdrückt werden. Geht man davon aus, dass emanzipatorische Kämpfe immer ein kreatives Moment enthalten, in dem es auch um neue Formen von Handeln und Kooperation geht (siehe Pieterse 1992: 13), sind solche Projekte möglicherweise sogar gut geeignet, um auf eine Rückkopplung von Reparationsdiskursen an ihr emanzipatorisches Potenzial hinzuarbeiten.

In jüngerer Zeit sind auch Bemühungen innerhalb (liberaler) Transitional Justice-Projekte zu beobachten, Staatsgewalt und aus ihr resultierende Ungleichheiten in einen größeren, transnationalen oder globalen Kontext zu setzen. Ein Beispiel dafür ist das tunesische Transitional Justice-Projekt. Die tunesische Wahrheitskommission sieht Gewalt, Repression und wirtschaftliche Marginalisierung durch die autoritäre Herrschaft nach der Unabhängigkeit in der Kontinuität der französischen Kolonialherrschaft. Sie nimmt auch internationale Finanzinstitutionen sowie die von ihnen aufgezwungene Austeritätspolitik in Mithaftung. Dabei verknüpft sie explizit physische Gewalt mit ökonomischer Ausbeutung. Die Kommission fordert als Wiedergutmachung für die Verletzung politischer und sozioökonomischer Rechte Reparationen von Frankreich, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds. Sie verfolgt damit einen innovativen Ansatz, der an den Gedanken von Reparationen als Teil eines emanzipatorischen Repertoires in der NIEO anschließt. Die Frage, wer wem warum was schuldet, beantwortet sie noch einmal anders: Die komplexe Verschuldungssituation verknüpft koloniale mit neokolonialen Kontexten. Auch wenn die Forderungen der tunesischen Wahrheitskommission zunächst ohne Konsequenzen blieben, setzen sie doch neue Akzente in der Debatte und dienen als Inspiration und Anschlusspunkt für potenzielle Nachahmer:innen im Zuge einer NIEO². Wie genau, das zeige ich im Folgenden auf.

Das Beispiel Tunesien

Nehmen wir eine gestaltende Perspektive auf Reparationen ein und überlegen, wie diese im Rahmen einer NIEO² zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung beitragen können. Welche Möglichkeitsräume kann das tunesische Beispiel dann eröffnen? Im tunesischen Transitional Justice-Projekt spielen unterschiedliche Arten von Reparationen eine Rolle – innerstaatliche und solche mit transnationaler und angestrebt emanzipatorischer Dimension. Bei beiden Arten werden physische Gewalt und sozio-ökonomische Marginalisierung stark miteinander verknüpft.

Nach der Revolution 2011 begann Tunesien schnell, nicht nur neue politische Institutionen zur Etablierung einer demokratischen Ordnung zu schaffen, sondern auch Gewalt, Repression und Marginalisierung seit der Periode des Unabhängigkeitskampfes aufzuarbeiten. Dies geschah zunächst im Rahmen bestehender Gesetze und Institutionen. Relativ rasch wurde dann aber ein international begleiteter, institutionalisierter Transitional Justice-Prozess angestoßen. Dieser umfasste zunächst einen partizipativen Gesetzentwicklungsprozess und anschließend die Etablierung neuer Institutionen, etwa einer »Kommission für Wahrheit und Würde« (im Folgenden auch Wahrheitskommission). Schon im Transitional Justice-Gesetz von 2013 war ein Reparationsfonds für die Wiedergutmachung innerstaatlicher Gewalt sowie sozioökonomischer Marginalisierung vorgesehen. Doch bislang existiert dieser Fonds nur auf dem Papier. Und obwohl die Wahrheitskommission Reparationsbescheide an Opfer versandte, ist doch unwahrscheinlich, dass die entsprechenden Gelder jemals bei den Opfern ankommen werden (siehe Salehi 2022: 108). Dies hängt zum einen mit der stetig abnehmenden politischen Unterstützung für das Transitional Justice-Projekt zusammen. Zum anderen ist in der derzeitigen politischen Situation in Tunesien nicht damit zu rechnen, dass post-revolutionäre Institutionen und Projekte weitergeführt werden und Tunesien in der ohnehin angespannten ökonomischen Situation Mittel dafür aufbringen wird, die Opfer von Gewaltherrschaft zu entschädigen. Im Juli 2021 setzte Präsident Kais Saied die demokratischen Institutionen im Land außer Kraft. Seitdem wird seine Politik immer autoritärer. Zum einen versucht Saied mit staatlicher Gewalt jeglichen Dissens zu unterdrücken. Er lässt Oppositionelle verschiedener politischer Richtungen, aber auch Aktivist:innen, Medienschaffende und Jurist:innen vorladen und festnehmen; zudem verbietet er Demonstrationen. Zum anderen propagierte Saied im Februar 2023 den Verschwörungsmythos eines »Großen Austauschs« und befeuerte damit rassistische Gewalt gegen Schwarze Migrant:innen und Tunesier:innen (siehe etwa Brown 2023).²

2 In einer Rede gerichtet an den tunesischen Nationalen Sicherheitsrat behauptete Saied, dass eine »kriminelle Vereinigung« seit Anfang des 21. Jahrhunderts versuche, die demografische Komposition Tunesiens zu ändern. Angeblich werde Geld dafür gezahlt, irreguläre Migrant:innen aus Afrika südlich der Sahara in Tunesien anzusiedeln. Saied rief die Sicherheitskräfte auf, schnell gegen dieses angebliche Komplott vorzugehen, was polizeiliche Razzien aber auch gewalttätige Angriffe nach sich zog (siehe z.B. Brown 2023). Schwarze Menschen trauten sich nicht mehr aus dem Haus oder wurden aus ihren Wohnungen geworfen und mussten auf der Straße schlafen. Die Bot-

Für diesen Beitrag spielt aber vielmehr eine Rolle, dass es innerhalb des tunesischen Transitional Justice-Projekts Bestrebungen gab, Reparationen (wieder) als Teil eines emanzipatorischen Repertoires zu betrachten. Hierfür sollten die bestehenden Institutionen und Strukturen des (eigentlich liberalen) Transitional Justice-Projekts genutzt werden. In der Debatte über Transitional Justice entwickelt sich generell ein größeres Bewusstsein dafür, dass man die inter- oder transnationalen Wurzeln und Dimensionen von Konflikt und Gewaltherrschaft nicht vernachlässigen sollte (Hinton 2010; Scott 2014, 139–141) – dazu gehört auch die Rolle von Kolonialherrschaft für Konfliktkonstellationen in postkolonialen Staaten. Denn wie Getachew feststellt, kann über nationale Politik gar nicht »in Isolation von den immer breiter werdenden globalen Interaktionen« nachgedacht werden, denn »die nationale Politik postkolonialer Staaten war ständig anfällig für Eingriffe und Interventionen von außen« (Getachew 2019: 3–4, eigene Übersetzung). Die transnationalen Dimensionen und Wurzeln von Konflikten und Gewaltherrschaft verdienen folglich mehr Aufmerksamkeit (Yusuf 2018), insbesondere wenn wir verstehen wollen, wie sie innerstaatliche Machtkonstellationen und despotische Herrschaft geprägt haben und weiterhin prägen (siehe Getachew 2019: 34–35, 83). In Tunesien können wir nun beobachten, wie diese Verknüpfungen nicht nur theoretisch diskutiert wurden, sondern wie auch praktisch versucht wurde, aus ihnen konkrete Entschädigungsforderungen abzuleiten.

Die tunesische Kommission für Wahrheit und Würde etabliert in ihrem Abschlussbericht Kontinuitäten zwischen kolonialer und diktatorischer Gewaltherrschaft. Der »Unterdrückungsapparat« (Truth and Dignity Commission 2019: 137), auf den sich die beiden Diktatoren Habib Bourguiba (der erste Staatspräsident nach der Unabhängigkeit Tunesiens) und Zine el-Abidine Ben Ali (dessen Nachfolger) stützten, um Dissens zu unterdrücken, zu foltern und zu morden, wird als Erbe der französischen Kolonialherrschaft eingestuft. Auch nach der Unabhängigkeit des Landes übte Frankreich dem Bericht zufolge noch Gewalt in Tunesien aus. Neben der Anerkennung von Unrecht und einer Entschuldigung (ebd.: 502) fordert die Wahrheitskommission vom französischen Staat auch Reparationen. Ein Memorandum³ an den

schaften verschiedener westafrikanische Staaten in Tunesien setzten Notfallprogramme auf, um ihre Staatsbürger:innen aus dem Land zu bringen.

- 3 »Mémorandum R elatif   la r eparation due aux victims tunisiennes des violations massives des droits de l'Homme et des droits économiques et sociaux dont l'Etat français porte une part de responsabilit «, auf Deutsch: »Memorandum über die Entsch di-

französischen Staatspräsidenten erhebt und erläutert die Forderungen: Zum einen geht es um die physischen Menschenrechtsverbrechen, zum anderen um Forderungen nach Reparationen für wirtschaftliche Beherrschung beziehungsweise Unterdrückung Tunesiens. Die Kommission erläutert in dem Memorandum zunächst die »Politik des Terrors« der französischen Kolonialherrschaft und führt anschließend aus, wie die französische Herrschaft auch nach der Unabhängigkeit Tunesiens die Sicherheit und körperliche Unversehrtheit der Tunesier:innen beeinträchtigte. Hier führt die Kommission etwa Bombardierungen und militärische Auseinandersetzungen an. Anschließend beschreibt sie die Einschränkung tunesischer Souveränität durch wirtschaftliche Dominanz, die Ausbeutung von Rohstoffen und diskutiert die Bürde illegitimer Schulden. Die Kommission schlussfolgert, dass die Höhe des entstandenen Schadens und dementsprechend auch der zu leistenden Entschädigung von einer gesonderten Kommission festgestellt werden sollen.

Neben Frankreich richtet die Wahrheitskommission Reparationsforderungen auch an internationale Finanzinstitutionen. Sie schließt damit an neuere Diskussionen über staatliche Souveränität an. Die erhobenen Forderungen sind, wie Alex Veit feststellt (siehe Veit in diesem Band), keineswegs trivial. Ein weiteres Memorandum⁴ erläutert, wie Tunesien im Zuge seiner Bestrebungen, auch ökonomisch unabhängig von Frankreich zu werden, 1958 den Bretton-Woods-Institutionen beitrug. Ein Jahr später folgte die erste Weltbankmission. Auch in Tunesien kam es im Zuge der Dekolonialisierung zu neuen Abhängigkeitsverhältnissen – von ökonomischen Akteur:innen, die jedoch nicht nur ökonomisch agieren, sondern auch politischen Einfluss nehmen. Auch in diesem Memorandum werden Argumente von physischer und ökonomischer Gewalt miteinander verknüpft. Die Kommission wirft der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds vor, dass durch ihre Strukturanpassungsprogramme – und damit einhergehende Austeritätspolitik – Missstände entstanden sind, die zu populären Aufständen führten.

gung tunesischer Opfer massiver Verletzungen der Menschenrechte sowie wirtschaftlicher und sozialer Rechte, für die der französische Staat eine Mitverantwortung trägt« (République Tunisienne 2019a).

- 4 »Mémorandum Rélatif à la réparation due aux victims tunisiennes des violations massives des droits de l'Homme et des droits économiques et sociaux dont la Banque Mondiale et le FMI portent une part de responsabilité«, auf Deutsch: »Memorandum über die Entschädigung tunesischer Opfer massiver Verletzungen der Menschenrechte sowie wirtschaftlicher und sozialer Rechte, für die die Weltbank und der IWF eine Mitverantwortung tragen« (République Tunisienne 2019b).

Auf diese hätte der tunesische Staat mit Gewalt – und folglich mit physischen Menschenrechtsverletzungen – geantwortet. Das Memorandum führt hier konkrete Ereignisse an, vom »schwarzen Donnerstag« 1978 (einem Zusammenstoß zwischen Gewerkschaften und Sicherheitskräften) über Aufstände im *Bassin Minier* (Bergbaugebiet) 2008 bis hin zur Revolution 2010/2011. Darüber hinaus stellt die Kommission Verknüpfungen zur Umweltverschmutzung her. Insgesamt macht sie die Strukturanpassungsprogramme für die schlechte wirtschaftliche Entwicklung des Landes verantwortlich. Die Kommission fordert eine Entschuldigung, Entschädigung für individuelle und kollektive Opfer sowie eine Annullierung sämtlicher multilateraler Schulden. Auch in diesem Fall soll eine Kommission die Höhe des Schadens und der Entschädigung bestimmen.

In Tunesien werden beide Memoranden und die darin enthaltenen Reparationsforderungen weiterhin als wichtige Hinterlassenschaft der Kommission für Wahrheit und Würde diskutiert. Ein Interviewpartner erklärte mir, dass das zuständige parlamentarische Gremium die Forderungen der Wahrheitskommission, sowie einen möglichen Umgang mit ihnen, im Anschluss durchaus diskutiert hätte – allerdings ohne Ergebnis.⁵ Ehemalige Mitglieder der Wahrheitskommission prangern insbesondere die »Feigheit« der damaligen tunesischen Regierung an, die ihren Aussagen zufolge den internationalen Geber:innen versicherte, keine weiteren Schritte einleiten zu wollen, um den Forderungen der Wahrheitskommission Nachdruck zu verleihen.⁶ Hieraus lässt sich schließen, dass aus ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen auch politische folgen, denn tunesische Regierungen sind grundsätzlich abhängig von guten Beziehungen zu den internationalen Finanzinstitutionen und wollen diese daher nicht verärgern.⁷ Auch stellt sich eine ebensolche »komplexe Verschuldungssituation« dar, wie sie Sabaratanam und Laffey skizzieren, in der die Frage, wer wem warum was schuldet, nicht so einfach zu beantworten ist: Als Schuldner:innen lassen sich sowohl der tunesische Staat, die ehemalige Kolonialmacht als auch die internationalen Geber:innen identifizieren. Die Gläubiger:innen sind verschiedene

5 Telefoninterview, Dezember 2022.

6 Eigene Beobachtungen und Gespräche, Tunis, Februar 2023.

7 Der derzeitige Präsident Kais Saied (Stand Juni 2023) bricht zu einem gewissen Grad mit dieser Logik, indem er ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds ablehnt – mit der Begründung, er wolle sich nicht internationalen Zwängen unterwerfen.

Individuen und Kollektive. Der Begründungszusammenhang der Schulden ist politisch und ökonomisch zugleich, basierend auf Ausbeutung und physischer Unterdrückung.

Auch wenn auf die Memoranden keine direkte Entschädigung oder Umverteilung und auch kein Ende der ungerechten wirtschaftlichen Ordnung folgten, sehen zivilgesellschaftliche Akteur:innen sie trotzdem als potenziell nützlich an. Sie könnten zum Beispiel zu einem späteren Zeitpunkt zur Mobilisierung genutzt werden oder als Vorlage für Reparationsforderungen an internationale Finanzinstitutionen in anderen Kontexten dienen. Weder die Adressat:innen solcher Forderungen noch die potenziell handelnden Akteur:innen sind zwingend staatlich. Meine Interviewpartner:innen argumentierten jedoch, dass es einer zivilgesellschaftlichen Mobilisierung zuträglich sei, wenn sie Verbündete in staatlichen Institutionen habe. Akteur:innen mit den gleichen Zielen könnten sich so die Bälle hin und her spielen und gegebenenfalls mehr Aufmerksamkeit erzeugen.⁸ Sie entwickeln folglich eine Perspektive, in der Reparationsforderungen als Teil eines emanzipatorischen Repertoires an sich zur Gestaltung politischer Kämpfe für eine gerechtere politische und ökonomische Ordnung genutzt werden können.

Impulse für eine NIEO²

Was können wir aus den Reparationsforderungen der tunesischen Wahrheitskommission an die ehemalige Kolonialmacht sowie an heutige Kreditgeber:innen lernen? Und auf welche Ansätze der NIEO können wir uns heute noch sinnvoll beziehen? Ich habe in diesem Beitrag deutlich gemacht, dass die Frage nach der ökonomischen Unabhängigkeit postkolonialer Staaten heutzutage noch äußerst relevant ist – und zahlreiche Facetten hat. Unter anderem gehört dazu die Frage, wie Verantwortung für historische und bestehende Ungleichheit übernommen und Gerechtigkeit geschaffen werden kann. Die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse, gegen die sich postkoloniale Staaten wenden, sind formell nicht mehr unbedingt dieselben wie vor 50 Jahren. Sie gehen aber zumindest teilweise auf diese zurück. Als ein Weg zu Wiedergutmachung und schlussendlich Verteilungsgerechtigkeit als Basis einer gerechten Weltwirtschaftsordnung wird materielle Kompensation für begangenes Unrecht, Ausbeutung, Gewalt und Unterdrückung diskutiert. Auch wenn die Forderungen der tunesischen Wahrheitskommission bisher

8 Interview, Tunis, November 2022.

noch nicht erfüllt wurden – und weder das tunesische Parlament noch die tunesische Regierung sich dazu entschließen konnten, den Forderungen der Kommission Nachdruck zu verleihen – so sind die Forderungen aus einer gestaltenden Perspektive doch wertvoll, da sie neue Vorstellungen und Möglichkeitsräume eröffnen.

Wie Kojo Koram (2022: 127) anmerkt, war die NIEO in den 1970er Jahren das Resultat einer verstärkten Zusammenarbeit der damals noch recht neu unabhängigen Staaten in einem internationalen Rahmen. Auch gegenwärtig kann man zum einen beobachten, wie Staaten sich zusammenschließen, um ihren Forderungen nach Reparationen Nachdruck zu verleihen – etwa indem sie hierfür neue Institutionen gründen. Ein Beispiel ist die Reparations Commission der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM). Deren Kämpfe um Reparationen betrachtet Adom Getachew (2019: 181) als gegenwärtiges Beispiel für antikoloniale Weltgestaltung. Zum anderen gibt es analog zur Entwicklung der NIEO auch heute die Möglichkeit, bestehende internationale Institutionen und Foren für Zusammenarbeit und Koordination für das Streben nach einer gerechteren Welt(-wirtschaftsordnung) zu nutzen. Hier lässt sich das kreative Moment beobachten, dass emanzipatorische Akteur:innen für ihre Ziele nutzen. Insbesondere schauen unterschiedliche Akteur:innen aufeinander und tauschen sich in bestehenden Foren über Strategien und Best Practices in Bezug auf Reparationsforderungen aus.⁹

Das Amt der »Unabhängigen Expertin für Auslandsschulden, sonstige internationale finanzielle Verpflichtungen und Menschenrechte der Vereinten Nationen« bietet beispielsweise einen Ansatzpunkt, die Verknüpfung von Schulden (beziehungsweise internationalen Kreditvergabesystemen) mit physischen und sozioökonomischen Menschenrechtsverletzungen innerhalb bestehender internationaler Institutionen in den Blick zu nehmen. Auf dieses UN-Amt verweist auch das Memorandum der tunesischen Wahrheitskommission, das Reparationen von den internationalen Finanzinstitutionen fordert (République Tunisienne 2019b, Abschnitt 4. e).

In Tunesien ist derzeit zu beobachten, wie viel Einfluss das Schuldenregime auf die innerstaatliche Politik und auf gesellschaftliche Konflikte hat. So hat etwa die Weltbank angesichts der staatlich befeuerten rassistischen Gewalt ihre Arbeit in Tunesien pausiert (siehe etwa Shalal/Mcdowall 2023). Auch wenn man sich in diesem Fall vielleicht wünschen mag, dass die internationalen Finanzinstitutionen Einfluss auf einen Präsidenten nehmen, indem sie sich ge-

9 Eigene Beobachtung, Online-Training für Aktivist:innen, April 2022.

gen dessen autoritäre, rassistische Politik stellen, so wird hier doch wieder die Verknüpfung politischer und ökonomischer Machtverhältnisse deutlich. Der ehemalige »Unabhängige Experte für Auslandsschulden, sonstige internationale finanzielle Verpflichtungen und Menschenrechte« der UN merkte bei seiner Tunesien-Mission 2018 an, dass das Schuldenregime einen Einfluss darauf habe, wie fest autoritäre Herrscher:innen im Sattel sitzen. Gegebenenfalls stütze es sogar deren repressive Machtausübung (UN 2018).

Damit Reparationen einen Beitrag zu einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung leisten können, müssen sie als Umverteilung gedacht werden, mit dem Anspruch, emanzipatorisch zu wirken und strukturellen Wandel mit anzustoßen. Für eine NIEO² bedeutet dies, dass sie nicht nur zwischen Staaten gedacht werden können. Nicht-staatliche Akteur:innen können ebenso Begünstigte wie Adressat:innen von Forderungen sein. Reparationen müssen so ausgestaltet werden, dass sie nicht nur einmalige Entschädigung und kurzfristige Hilfe bieten, sondern dass sie kreativ zur Weltgestaltung genutzt werden können – mit dem Ziel einer gerechteren globalen Ordnung.

Und nun?

Wie kann die Frage, wer wem warum was schuldet, nun in der heutigen Zeit im Sinne einer NIEO² weitergedacht werden? Ganz im Sinne der Frage, ob Reparationen zu einer gerechteren Welt(-wirtschaftsordnung) beitragen können, argumentiert Olúfẹmi Táíwò (2022: 4) – wie erwähnt – für eine Perspektive, die Reparationen als Gestaltungsmöglichkeit ansieht. Nach einer historisch-philosophischen Herleitung seines Arguments für eine solche gestaltende Perspektive auf Reparationen fragt Táíwò: »Was nun?« (ebd.: 150, eigene Übersetzung). Sein Vorschlag für eine solche Ausgestaltung in der Gegenwart sind Reparationen für Klimagerechtigkeit. Nils Gilman stellt in diesem Sinne ein »ungebrochenes Nachleben« (Gilman 2015: 10, eigene Übersetzung) der NIEO in den globalen Verhandlungen zum Klimawandel fest. Er zeigt auf, dass die ökonomische Argumentation der Gruppe der 77 (ein Zusammenschluss von derzeit 134 Staaten des Globalen Südens innerhalb der UN) in Verhandlungen in Bezug auf den Klimawandel stark an die NIEO erinnert: Die Staaten appellieren an die historische Verantwortung des Globalen Nordens und fordern Wiedergutmachung für Schäden, die durch historisches Unrecht – in diesem Fall durch Treibhausgasemissionen – entstanden sind. Die *Loss-and-damage*-Klausel, die bei der Weltklimakonferenz 2022 im ägyptischen Scharm

El-Scheich (COP27) beschlossen wurde, wird häufig auch unter dem Begriff Klimareparationen diskutiert. Die Idee ist, durch menschengemachten Klimawandel entstandene oder entstehende Schäden zu bemessen. Auch Meera Sabaratnam und Mark Laffey (2023: 168) stellen Forderungen nach Reparationen für den Klimawandel – wie sie zum Beispiel die pakistanische Ministerin für Klimawandel im Zuge der Flut 2022 erhob – in eine Linie mit historischen Forderungen wie Reparationen für Sklaverei oder die Rückgabe von Land in Siedlungskolonien an indigene Bevölkerungen. Diese Reparationsforderungen stellen die Autor:innen anschließend in einen Zusammenhang mit Forderungen nach einem Schuldenerlass sowie für Nahrungsmittel- und Saatgutsouveränität. Die Forderungen seien zwar jeweils eigen umrissen, doch seien sie alle damit verbunden, dass hierarchische Beziehungen zwischen Nord und Süd vielgestaltige Ungerechtigkeiten in der internationalen Ordnung hervorgebracht haben.

Reparationen als Teil eines emanzipatorischen Repertoires einer NIEO² müssen also die erwähnten komplexen Verschuldungssituationen erfassen, die Fremdherrschaft und Ausbeutung noch einmal weiter fassen. Die Schuldverhältnisse müssen in jedem Fall transnational beziehungsweise global gedacht werden. Dabei beschränken sich die Adressat:innen von Reparationsforderungen nicht auf Staaten. Sie umfassen zum Beispiel auch internationale Organisationen, die Teil unterdrückender und ausbeuterischer Strukturen und damit für politische und ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse in einer ungerechten Welt(wirtschafts)ordnung mit verantwortlich sind. Dennoch können im Sinne der NIEO kreative Strategien entwickelt werden, um sich bestehende Institutionen hierfür zunutze zu machen und gleichzeitig neue Visionen für eine gerechte Weltwirtschaftsordnung zu entwickeln. Diesbezüglich stellt Arnulf Becker Lorca fest, dass auf der sehr abstrakten Ebene kosmopolitischer Ziele sogar Einigkeit zwischen dem Globalen Norden und dem Globalen Süden über die Notwendigkeit besteht, globale Probleme und Schieflagen anzugehen – aber nicht, wenn es um konkrete Umverteilung geht (Becker Lorca 2023: 44–45). An dieser prinzipiellen Einigkeit kann eine NIEO² ansetzen: Reparationen können ein Gestaltungsinstrument sein, auf das dann konkrete Umverteilung als Basis einer gerechteren Ordnung folgt.

Literatur

- Arthur, Paige (2009): How »transitions« reshaped human rights: A conceptual history of transitional justice. In: *Human Rights Quarterly*, 31, 321–367.
- Becker Lorca, Arnulf (2023): Contesting global justice from the South: Redistribution in the international order. In: *International Affairs*, 99 (1), 41–60.
- Boone, Catherine/Lukalo, Fibian/Joireman, Sandra F. (2021): Promised land: Settlement schemes in Kenya, 1962 to 2016. In: *Political Geography*, 89, 102393. <https://doi.org/10.1016/j.polgeo.2021.102393>.
- Brown, Erin Clare (2023): Tunisia's president embraces the »great replacement theory«. In: *New Lines Magazine*, 27.2.2023. <https://newlines-mag.com/spotlight/tunisias-president-embraces-the-great-replacement-theory/> (Zugriff am 3.3.2023).
- Daut, Marlene (2021): When France extorted Haiti. The greatest heist in history. In: *The Conversation*, 9.7.2021. <https://theconversation.com/when-france-extorted-haiti-the-greatest-heist-in-history-137949> (Zugriff am 3.3.2023).
- Forrester, Katrina (2019): Reparations, history and the origins of global justice. In: Bell, Duncan (Hg.), *Empire, race and global justice*. Cambridge: Cambridge University Press, 22–51.
- Getachew, Adom (2019): *Worldmaking after empire: The rise and fall of self-determination*. Princeton: Princeton University Press.
- Gilman, Nils (2015): The New International Economic Order: A reintroduction. In: *Humanity: An International Journal of Human Rights, Humanitarianism, and Development*, 6 (1), 1–16.
- Greiff, Pablo de (2006): Introduction. Repairing the past: Compensation for victims of human rights violations. In: de Greiff, Pablo (Hg.), *The handbook of reparations*. Oxford: Oxford University Press, 1–16.
- Koram, Koyo (2022). *Uncommon wealth: Britain and the aftermath of empire*. London: John Murray.
- Leo, Christopher (1981): Who benefited from the Million-Acre Scheme? Toward a class analysis of Kenya's transition to independence. In: *Canadian Journal of African Studies*, 15 (2), 201–222.
- Pieterse, Jan Nederveen (1992). Emancipations, modern and postmodern. In: *Development and Change*, 23 (3), 5–41.
- Porter, Catherine/Méheut, Constant/Apuzzo, Matt/Gebrekidan, Selam (2022): The ransom. The root of Haiti's misery: Reparations to enslavers. In: *The*

- New York Times* vom 20.5.2022. <https://www.nytimes.com/2022/05/20/world/americas/haiti-history-colonized-france.html> (Zugriff am 12.3.2022).
- République Tunisienne (2019a): Mémoire Relatif à la réparation due aux victimes tunisiennes des violations massives des droits de l'Homme et des droits économiques et sociaux dont l'Etat français porte une part de responsabilité, 16./17.7.2019. https://www.cadtm.org/IMG/pdf/memo_france_def.pdf (Zugriff am 30.5.2023).
- République Tunisienne (2019b): Mémoire Relatif à la réparation due aux victimes tunisiennes des violations massives de droits de l'Homme et des droits économiques et sociaux dont la Banque https://www.cadtm.org/IMG/pdf/memo_bm_fmi_def.pdf (Zugriff am 30.5.2023).
- Sabaratham, Meera/Laffey, Mark (2023). Complex indebtedness: Justice and the crisis of liberal order. In: *International Affairs*, 99 (1), 161–180.
- Salehi, Mariam (2022). Trying just enough or promising too much? The problem-capacity-nexus in Tunisia's transitional justice process. In: *Journal of Intervention and Statebuilding*, 16 (1), 98–116.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina (2020): Das Politiklexikon. 7. Ausgabe. Bonn: Dietz.
- Scott, David (2014): *Omens of adversity: Tragedy, time, memory, justice*. Durham: Duke University Press.
- Shalal, Andrea/Mcdowall, Angus (2023). World Bank says pausing future Tunisia work amid reports of racist violence. Reuters, 6.3.2023. <https://www.reuters.com/world/africa/world-bank-says-pausing-tunisia-work-amid-racially-motivated-violence-2023-03-06/> (Zugriff am 12.3.2023).
- Steffek, Jens (2021). *International organization as technocratic utopia*. Oxford: Oxford University Press.
- Táíwò, Olúfẹ̀mi O. (2022): *Reconsidering reparations*. Oxford: Oxford University Press.
- The New York Times (2022): In 1791, enslaved Haitians did the seemingly impossible. They ousted their French masters and founded a nation. In: *The New York Times* vom 16.11.2022. <https://www.nytimes.com/2022/05/20/world/americas/haiti-history-colonized-france.html> (Zugriff am 12.3.2023).
- Truth and Dignity Commission (2019). The final comprehensive report. Executive summary. Mai 2019. https://www.ivd.tn/rapport/doc/TDC_executive_summary_report.pdf (Zugriff am 11.6.2023).
- UN – Vereinte Nationen (1974): General Assembly: Declaration on the establishment of a New International Economic Order. A/RES/S-6/3201,

- 1.5.1974. <https://www.un-documents.net/s6r3201.htm> (Zugriff am 30.5.2023).
- UN – Vereinte Nationen (2018): General Assembly: Report of the Independent Expert on the effects of foreign debt and other related international financial obligations of States on the full enjoyment of all human rights, particularly economic, social and cultural rights, on his mission to Tunisia*. A/HRC/37/54/Add.1. <https://digitallibrary.un.org/record/1483306?ln=en> (Zugriff am 11.6.2023).
- Van Arkadie, Brian (2016): Reflections on land policy and the independence settlement in Kenya. In: *Review of African Political Economy*, 43 (sup1), 60–68. <https://doi.org/10.1080/03056244.2016.1217837>.
- World Bank (1960): Loan agreement (African Agriculture Project) between colony and protectorate of Kenya and International Bank for Reconstruction and Development, 27.5.1960. <https://documents1.worldbank.org/curated/en/946991468252929508/pdf/Loan-0256-Kenya-African-Agriculture-Project-Loan-Agreement.pdf> (Zugriff am 30.5.2023).
- Yusuf, Hakeem O. (2018): Colonialism and the dilemmas of transitional justice in Nigeria. In: *International Journal of Transitional Justice*, 12 (2), 257–76.